Beschlussvorschlag:

Ziffer 5.2 der Richtlinien über die Gewährung von Zuschüssen zu den Betriebsausgaben von Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit wird wie folgt geändert (Änderung in fett markiert):

„Offene Kinder- und Jugendarbeit erfordert qualifiziertes, hauptamtlich beschäftigtes Personal. Die Fachkräfte müssen ein abgeschlossenes Fachhochschulstudium mit staatlicher Anerkennung in Sozialarbeit/ Sozialpädagogik, einen Abschluss des Bachelors of Arts für Soziale Arbeit oder eine vergleichbare Hochschulausbildung nachweisen und über ein fundiertes Fachwissen im konzeptionellen und pädagogisch-methodischen Bereich verfügen.

Ein Antrag auf Erteilung einer Ausnahmegenehmigung zur Beschäftigung von Personal, das die vorgenannten Einstellungsvoraussetzungen nicht erfüllt, ist vor deren Einstellung an das Kreisjugendamt zu richten. **Über den Antrag entscheidet die Leitung des Kreisjugendamtes. Der Jugendhilfeausschuss wird über die Entscheidungen der Leitung des Kreisjugendamtes unterrichtet.**

Sind mehrere Fachkräfte in einer Einrichtung beschäftigt, sollen die Arbeitsplätze paritätisch nach Geschlecht besetzt werden, um den geschlechtsspezifischen Bedürfnissen der Kinder und Jugendlichen besser gerecht zu werden.

Die Träger der Offenen Kinder- und Jugendarbeit sollen durch Fortbildung für eine regelmäßige Weiterqualifizierung der Fachkräfte sorgen.

Studenten im Praxissemester des Bachelor Studiengangs Soziale Arbeit/ Sozialpädagogik können auf Antrag im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel in den Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit im Bereich des Kreisjugendamtes gefördert werden. Eine Förderung kann nur erfolgen, wenn die Anleitung in der Einrichtung durch eine hauptberufliche Vollzeitkraft mit mindestens drei Jahren Berufserfahrung sichergestellt ist und die Einhaltung entsprechender Vorgaben der Hochschulen erfolgt.“